

Unzufriedenheit im Ahrtal: Mehrheit kritisiert Landesregierung nach Flut

Mehrheit unzufrieden mit Krisenmanagement der Landesregierung in Flutgebieten - SWR-Umfrage zeigt Versäumnisse und Wünsche der Betroffenen.

Die Flutkatastrophe an der Ahr und in der Eifel im Jahr 2021 hat tiefe Spuren in den betroffenen Regionen hinterlassen. Drei Jahre später zeigt eine neue Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap im Auftrag des SWR ein erschreckendes Ergebnis: Die Mehrheit der Menschen in den Flutgebieten ist unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Landesregierung in Rheinland-Pfalz.

In erster Linie wird die Landesregierung für Versäumnisse nach der Flut 2021 verantwortlich gemacht. Besonders im Kreis Ahrweiler liegt der Fokus der Kritik auf der Kreisverwaltung. Hier sehen fast die Hälfte der Befragten die regionalen Akteure als hauptsächlich verantwortlich.

Neben dem Krisenmanagement stehen auch der Wiederaufbau und die Vorbereitung auf zukünftige Katastrophen im Fokus der Kritik. Die Menschen in den betroffenen Kreisen bemängeln vor allem den fehlenden Einsatz der Landesregierung beim Wiederaufbau. Zudem gibt eine deutliche Mehrheit an, dass Rheinland-Pfalz nicht angemessen auf zukünftige Katastrophen vorbereitet ist.

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen gegen den damaligen Landrat von Ahrweiler einzustellen, stößt ebenfalls auf großes Unverständnis. Die Mehrheit der Befragten

in den Flutgebieten zeigt sich unzufrieden mit der rechtlichen Aufarbeitung der Katastrophe.

Trotz dieser Unzufriedenheit zeigt die Umfrage auch, dass in den Flut-Regionen ein großer Zusammenhalt herrscht. Der soziale Zusammenhalt wird von einer großen Mehrheit als sehr gut oder gut bewertet, insbesondere in den Kreisen Ahrweiler und Bitburg-Prüm.

Die Umfrage, die Telefon- und Online-Befragungen umfasste, liefert wichtige Einblicke in die Stimmungslage der Menschen in den Flutgebieten. Die Ergebnisse verdeutlichen die anhaltende Belastung und Unzufriedenheit, aber auch den starken Zusammenhalt vor Ort. Es bleibt abzuwarten, wie die Landesregierung und die regionalen Akteure auf die Kritik reagieren und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen werden.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)